

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 24. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/024/2011)

am Donnerstag, 6. Oktober 2011,

18:00 Uhr

**im Stadtmuseum, Festsaal, 3. Etage,
Wilsdruffer Straße 2 (Eingang: Landhausstraße) , 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:45 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitzender

Jens Hoffsommer

CDU-Fraktion

Monika Schiemann

Patrick Schreiber

Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

SPD-Fraktion

Cornelia Hähne

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Thomas Engel

Melanie Hörenz

Dr. Dirk Jordan

Thomas Pallutt

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec

Sabine Bibas

Markus Degenkolb

Claus Lippmann

Erik Pietsch

Martin Seidel

Regina Thielmann

Kristina Winkler

Roland Wirlitsch

Thomas Wünsche

Stellvertretende Mitglieder

Silke Kultscher

Vertretung für Herrn Christoph Stolte

Abwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

stimmberechtigte Mitglieder

Peter Kühn
Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Angelika Fischer
Christina Koch
Markus Laessing
Valentina Marcenaro
Uwe Teich

Verwaltung:

Frau Jagdschian
Frau Hipke-Schulz
Frau Greif
Herr Neumann
Frau Dr. Ferse
Herr Schöne
Frau Haase
Herr Küchenmeister

Abteilungsleiterin Stadtratsangelegenheiten
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Geschäftsbereich Soziales
Schulverwaltungsamt

Gäste:

Sabine Wesener
Frank Sibom
Marc Boeißert

Unternehmen Kultur gGmbH
Outlaw gGmbH
Schneckenhaus e.V.

Schriftführerin:

Sindy Gebhardt

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|------------|---|---|
| 1 | Kontrolle der Niederschriften vom 30.06.2011 und 07.07.2011
(Sondersitzung) | |
| 2 | Informationen/Fragestunde | |
| 3 | Umbesetzung der Unterausschüsse | |
| 3.1 | Unterausschuss "Jugendhilfeplanung" | |
| 3.2 | Unterausschuss "Kindertagesbetreuung" | |
| 4 | 4. Fachthema: "Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz"

BE: Jugendamt | |
| 5 | Qualitätsentwicklung im Leistungsfeld "Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und angrenzende Aufgaben" - hier: Strukturqualität | V1127/11
beschließend |
| 6 | Teilplan "Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und angrenzende Aufgaben" 2011 bis 2014 | V1130/11
beratend
(federführend) |
| 7 | Änderung der Satzung Schülerbeförderungskosten-Erstattung vom 17.07.1997 auf Grund der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in der Landeshauptstadt Dresden | V1146/11
beratend |
| 8 | Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Finanzierung von Leistungen und Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) im Bereich der erzieherischen Hilfen | V1238/11
beratend |
| 9 | Berichte aus den Unterausschüssen | |

Nicht öffentlich

- | | | |
|-----------|---------------|--|
| 10 | Informationen | |
|-----------|---------------|--|

öffentlich

Einleitung:

Herr **Stadtrat Hoffsommer** eröffnet die 24. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste. Zur Sitzung wurde form- und fristgemäß geladen und die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zunächst begrüßt er Frau Schiemann, die als Nachfolgerin von Frau Stadträtin Wagner die CDU-Fraktion vertritt sowie Frau Hähne, die neue Vertreterin der SPD-Fraktion.

Das ehemalige Mitglied der SPD, Frau **Vogel**, verabschiedet sich vom Gremium und dankt für die gute Zusammenarbeit.

Zur Tagesordnung teilt Herr **Stadtrat Hoffsommer** mit, dass Tagesordnungspunkt 7 nach Tagesordnungspunkt 1 behandelt werde. Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden gemeinsam beraten.

Herr **Engel** beantragt zu Tagesordnungspunkt „Informationen/Fragestunde“ Rederecht für Herrn Boeißert.

Dem Antrag wird mit 11 Ja / 0 Nein und 0 Enthaltungen entsprochen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Sie wird einstimmig bestätigt (11/0/0).

1 Kontrolle der Niederschriften vom 30.06.2011 und 07.07.2011 (Sondersitzung)

Es gibt keine Anfragen zu den Niederschriften vom 30.06.2011 und 07.07.2011 (Sondersitzung). Das Gremium bestätigt diese mit 10 Ja / 0 Nein und 1 Enthaltung.

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

2 Informationen/Fragestunde

Informationen

Kita Prellerstraße 6 und 8

Frau **Bibas** gibt einen kurzen Rückblick und teilt mit, dass das Gebäude der Nr. 6 aufgrund eines Stadtratsbeschlusses verkauft worden sei und noch bis 2018 genutzt werden könne. Jedoch sei der bauliche Zustand nicht gut. Für die Kita Prellerstraße 8 gäbe es eine Schließungsverfügung - derzeitige Auslagerung Junghansstraße. Der Ersatzneubau solle auf der Waldparkstraße in der Größenordnung errichtet werden, dass beide Träger (Schneckenhaus e. V. und Kinderland 2000) untergebracht werden könnten. Im Ergebnis der detaillierten Planung habe man jedoch festgestellt, dass das Baufeld nicht für den Träger „Kinderland 2000“ ausreiche, erläutert Frau Bibas weiter. Das Angebot zum Bau auf der Spenerstraße wurde vom Träger abgelehnt.

Derzeit werde eine Prüfung vorgenommen. Das Ergebnis erhalte der Träger „Schneckenhaus e. V.“ schriftlich. Nach Abstimmung mit Herrn Stadtrat Hoffsommer bietet Frau Bibas einen Gesprächstermin für den 13.10.11 oder den 14.10.11 an.

Herr **Boeißert**, Vorstand „Schneckenhaus e. V.“, schildert die Situation aus seiner Sicht. Er stellt klar, dass der beschlossene Verkauf mit einem Ersatzneubau für beide Einrichtungen begründet worden sei. Er appelliert an die Unterstützung, dass eine Alternative gefunden werde.

Die Problematik solle im nächsten Unterausschuss noch einmal debattiert werden, schlägt Herr **Stadtrat Hoffsommer** vor.

Moritzburger Weg

Des Weiteren informiert Frau **Bibas**, dass die Zwangsversteigerung vom Moritzburger Weg stattgefunden habe. Der neue Eigentümer werde am 13.10.11 beim Amtsgericht bestätigt. Er nehme vom Sonderkündigungsrecht nicht Gebrauch und es werde einen weiteren Mietvertrag geben.

Zukünftig, so betont Frau Bibas, sollen prekären/vertraute Fragen zuerst an den Eigenbetrieb gestellt und nicht mit der Presse in Verbindung gesetzt werden. Solche Diskussionen in der Öffentlichkeit treiben die Preise hoch.

Wiener Straße

Die Antwort zum in der letzten Sitzung angefragten aktuellen Stand des im Stadtrat beschlossenen Verkaufs des Objektes Wiener Straße wird in Kürze vom Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften ausgereicht, gibt Herr **Lippmann** bekannt.

Sanierungskonzept

Weiterführend teilt Herr Lippmann mit, dass der Stand zur Umsetzung des Sanierungskonzeptes in der nächsten Sitzung des Gremiums als expliziter Tagesordnungspunkt aufgerufen werde.

Jugendhilfeplanung

Zum Prozess der Jugendhilfeplanung informiert er, dass die EHS am 30.08.11 die nach Hinweisen aus der AG Planung überarbeiteten Kriterien zur Auswahl der Drehpunktpersonen (= stake holder) zugesandt habe und diese jetzt in allen Stadtteilrunden ausgewählt worden. Als nächstes folge die Terminierung für die Gruppeninterviews mit den Drehpunktpersonen. Außerdem sei die Sichtung und Bewertung der Datenlage erfolgt sowie Indikatoren zur Beschreibung von relevanten Lebenslagen und Bedarfen in den Stadträumen entwickelt.

Fragerunde

Auf Anregung von Frau **Hörenz** erhalten die Mitglieder eine Analyse zur Zusammensetzung der Summe der Rücklaufmittel aus den Jahren 2010/2011 (165 TEUR), welche im Informationsschreiben Nr. 14 des Jugendamtes aufgeführt seien.

Weiterhin bittet sie um Transparenz des aktuellen Standes der Jugendhilfeplanung, d.h. Veröffentlichung der Protokolle etc. auf dem Jugendinfoserver.

Herr **Schreiber** bittet, die Gründe der Zuwendungsempfänger für die Rückgabe der Fördermittel zu differenzieren.

Bezüglich der Transparenz des Jugendhilfeplanungsprozesses vertrete er die Auffassung, dass eine Unterrichtung im Jugendhilfeausschuss zum aktuellen Stand ausreichend sei, denn die Bearbeitung von allen Hinweisen/Anregungen der Öffentlichkeit nehme viel Zeit in Anspruch - dies müsse dann differenziert werden.

Es müsse eine größtmögliche Transparenz hergestellt werden, betont Herr **Stadtrat Kießling**. Es bestehe ein Beteiligungsverfahren.

Eingehend auf die Aussagen von Frau Bibas macht er deutlich, dass er durchaus seine Meinung öffentlich kund tun könne.

Weiterhin wünscht er das Positionspapier zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe.

Die Rückgabe der Fördermittel erfolgte in der Regel dadurch, dass diese nicht in Anspruch genommen bzw. von der Verwaltung zurückgefordert wurden, legt Herr **Lippmann** dar. Dennoch werde der Hinweis von Herrn Schreiber berücksichtigt.

Zum Jugendhilfeplanungsprozess könne man davon ausgehen, dass die Beteiligungsrechte der Träger berücksichtigt werden.

Abschließend teilt er mit, dass derzeit im Jugendamt daran gearbeitet werde, eine Kooperation zwischen Schule, Jugendhilfe und Psychiatrie herzustellen.

Im Angesicht der Diskussion werde von der Verwaltung ein Vorschlag zur Veröffentlichung von Informationen des Jugendhilfeplanungsprozesses erarbeitet.

Die in der letzten Sitzung angefragte Elternkonferenz habe nichts mit dem EB Kindertageseinrichtungen zu tun, stellt Frau **Bibas** auf Nachfrage von Herrn Stadtrat Kießling klar. Der Veranstalter sei eine private Firma und habe den Eigenbetrieb auch nicht kontaktiert. Der richtige Ansprechpartner wäre in dem Falle das Presseamt.

Für Herrn **Engel** sei die Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses zur Umsetzung der Inhalte des von Herrn Stadtrat Kießling angesprochenen Positionspapieres wichtig.

Im Folgenden bezieht er sich auf einen Presseartikel, indem Herr Bürgermeister Seidel zum barrierefreien Neubau von Kitas bzw. dessen Nachnutzung als eventuelle Seniorenbegegnungsstätte bei Geburtenrückgängen spreche. Er bittet um Stellungnahme.

Herr **Bürgermeister Seidel** nimmt Stellung und führt aus, dass der Artikel seine Richtigkeit habe. Der barrierefreie Bau gelte auch bei Sanierungen von Kitas. Nur wenige Kitas eignen sich jedoch für eine spätere Seniorenbegegnungsstätte. Es werden aber derzeit keine Planungen dazu angestellt, sondern lediglich mit Beispielen/Überlegungen auf demografischen Wandel reagiert.

Es gibt keine weiteren Anfragen/Diskussionsbeiträge. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

3 Umbesetzung der Unterausschüsse

3.1 Unterausschuss "Jugendhilfeplanung"

3.2 Unterausschuss "Kindertagesbetreuung"

Wie bereits zu Beginn der Sitzung mitgeteilt, so Herr **Stadtrat Hoffsommer**, habe es im Jugendhilfeausschuss Umbesetzungen gegeben. Aus diesem Grund sei eine Umbesetzung der Unterausschüsse in der heutigen Sitzung notwendig.

Die betreffende Person sowie die Vorsitzenden der Unterausschüsse seien im Vorfeld schriftlich über das sogenannte „Nachrück-Verfahren“ angefragt worden und hätten dieses Verfahren auch bestätigt.

Folgende neue Besetzung würde sich ergeben:

Mitglied	Stellvertreter/-in
-----------------	---------------------------

Unterausschuss "Jugendhilfeplanung"

Alt: Frau Ines Vogel	Alt: Herr Richard Kaniewski
Neu: Frau Cornelia Hähne	

Alt: Herr Stefan Zinkler	Alt: Frau Anke Wagner
	Neu: Frau Monika Schiemann

Unterausschuss Kindertagesbetreuung

Vorsitzender: Herr Thomas Engel

Stellvertreterin: Alt: Frau Ines Vogel, **Neu: Frau Cornelia Hähne**

Alt: Frau Anke Wagner	Alt: Herr Patrick Schreiber
Neu: Frau Monika Schiemann	Neu: Frau Anke Wagner (Vorschlag CDU)

Alt: Frau Ines Vogel	Alt: Herr Richard Kaniewski
Neu: Frau Cornelia Hähne	

Herr Stadtrat Hoffsommer schlägt ein offenes Einigungsverfahren vor.

Das Gremium stellt klar, dass der/die stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses Kindertagesbetreuung explizit gewählt werden müsse.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** greift die Anregung auf und teilt mit, dass diese Wahl dann in der nächsten Sitzung am 10.11.2011 stattfinden werde. So würden heute nur die Mitglieder der jeweiligen Unterausschüsse umbesetzt.

Das Gremium hat keine Einwände gegen dieses Verfahren und bestätigt die Umbesetzung für alle zwei Unterausschüsse einstimmig mit 12 Ja/0 Nein/0 Enthaltungen.

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

4 4. Fachthema: "Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz" BE: Jugendamt

Frau **Greif** stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Fachthema „Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz in Dresden“ vor.

Die Präsentation sei allen Mitglieder vor Beginn der Sitzung ausgereicht worden.

Einführend bedankt sie sich bei den Trägern, die die Verwaltung vorbereitend unterstützt haben.

Inhalte der heutigen Vorstellung seien die gesetzlichen Grundlagen, die Handlungsfelder, die Akteure, die Zielsetzungen sowie die Erläuterung ausgewählter Angebote.

Der Erzieherische Kinder- und Jugendschutz stelle eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Jugendhilfe dar. Er unterteile sich in den ordnungsrechtlichen, strukturellen und erzieherischen Kinder- und Jugendschutz.

Weiterführend verliest Frau Greif den § 14 SGB VIII, welcher die Zielgruppe sowie die Zielstellungen des Erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes beinhalte.

Die Vernetzung im Kinder- und Jugendschutz in Dresden erfolge z. B. durch die Arbeitskreise Jugendschutz, Suchtprävention, Kinderschutz, Gewaltprävention sowie der Arbeitskreis gegen Gewalt an Frauen und Mädchen und die Arbeitsgemeinschaft gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

Akteure im Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz seien das Jugendamt und anerkannte Träger der freien Jugendhilfe, die Bildungsagentur und das Schulverwaltungsamt, das Gesundheitsamt und Vertreter/-innen aus der Suchtprävention, das Ordnungsamt und die Polizeibehörde.

Des Weiteren benennt Frau Greif die Aufgaben des Erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes. Dies seien die verstärkte Zusammenarbeit und Vernetzung präventiver Angebote, die Weiterentwicklung von Qualitätsstandards, die Beförderung der fachlichen Diskussion, die Beteiligung an der Jugendhilfeplanung sowie die Öffentlichkeitsarbeit (Dokumentation/Information).

Die Schwerpunkte aktueller Handlungsfelder in Dresden liegen in der Suchtprävention (legale, illegale Drogen), im Jugendmedienschutz, in der Gewaltprävention (sexueller Missbrauch/häusliche Gewalt) und in der Umsetzung präventiven Kinderschutzes.

Im Folgenden geht sie näher auf die Handlungsfelder ein (Akteure, Ziele, Beispiele). Ziele der Suchtprävention seien z. B die Vorbeugung des missbräuchlichen Gebrauchs von Suchtmitteln, die Herausbildung eines selbstkritischen, verantwortungsvollen und problembewussten Umgangs mit Suchtmitteln sowie eine sachlich, altersgerechte Aufklärung zu den Wirkungen und Risiken von Suchtmitteln. Beispiele seien „Halt-Hart am Limit“, MOVE-Jugend- und Drogenberatung etc.

Bei dem Handlungsfeld Jugendmedienschutz ziele man auf eine Vermittlung von Möglichkeiten einer reflektierenden bzw. sinnvollen Nutzung von Medien, auf das Aufzeigen der gefähr-

deten Aspekte des Medienkonsums und auf die Entwicklung einer Medienkompetenz von Eltern/Lehren/Sozialpädagogen. Beispiele hierfür seien „coloRadio“, „Schulkino Dresden“, „Jugendinfoservice“ etc.

Ziele im Handlungsfeld Gewaltprävention stellen die Vermeidung von Straffälligkeit, der Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Missbrauch und Gewalt etc. dar Als Beispiel benennt Frau Greif das „Fanprojekt Dresden“ und „Projekt Mirror“.

Abschließend führt Frau Greif aus, dass der Arbeitskreis Jugendschutz und Suchtprävention derzeit eine Strategievorlage zur weiteren Umsetzung für den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in Dresden erarbeite, welche dem Jugendhilfeausschuss vorlegt werde.

Für Herrn **Stadtrat Kießling** sei die Rolle des Jugendamtes in diesem Bereich von Interesse. Außerdem bittet er um Aussagen zu den Fördermitteln und Ressourcen sowie zur Schutzbedürftigkeit. Er konstatiert weiter, dass die aufgeführten Akteure nicht vollständig seien.

Qualitativ sei es eine sehr hochwertige Vorstellung gewesen, bringt Herr **Dr. Jordan** zum Ausdruck. Jedoch fehlen ihm quantitative Zahlen und Aussagen in der Darstellung (Komatrinker, Drogenfälle etc.).

Die aufgeführten Träger und Angebote tragen nicht allein die Verantwortung, stellt Herr **Stadtrat Hoffsommer** heraus.

Herr **Wirlitsch** führt aus, dass man das Komatrinken in den letzten Jahren abgenommen habe. Die Drogenzahlen seien relativ stabil geblieben, aber die Drogenarten hätten sich vermehrt aufgrund der Öffnung der Grenze in die Tschechische Republik, wie z. B. Crystal. Bedauerlicherweise sei auch die Gewaltbereitschaft im Fußballstadion enorm gestiegen.

Es gäbe keine offene Drogenszene, bestätigt Herr **Bec**. Jedoch bereite es viel Aufwand, dies unter Kontrolle zu behalten. Da aber bei der Polizei Stellen zukünftig abgebaut werden, stelle sich die Aufrechterhaltung der Tendenz als schwierig dar. Je mehr Kontrolle durch die Polizei erfolge desto mehr Straftaten werden aufgedeckt.

Der Erzieherische Kinder- und Jugendschutz müsse wieder ein größeres Gewicht erhalten, ergänzt Herr **Lippmann**. Die quantitativen Aussagen seien sehr schlecht, aber er sichert die Erarbeitung einer Datengrundlage zu.

Der Drogenbericht der Drogenberatungsstelle wäre auch sehr hilfreich.

In Beantwortung der Anfragen von Herrn Stadtrat Kießling legt Frau **Greif** dar, dass die Schutzbedürftigkeit alle Kinder und Jugendlichen umfasse. Bezüglich der Fördermittel könnte die Antwort schriftlich nachgereicht werden. Im Netzwerk Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz habe das Jugendamt stets die Federführung in der Umsetzung.

Es werden keine weiteren Anfragen/Diskussionsbeiträge eingebracht. Herr **Stadtrat Hoffsommer** bedankt sich und beendet den Tagesordnungspunkt.

5 Qualitätsentwicklung im Leistungsfeld "Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und angrenzende Aufgaben" - hier: Strukturqualität

**V1127/11
beschließend**

Einführend richtet Herr **Stadtrat Hoffsommer** seinen Dank an alle, die an der Erstellung der beiden Vorlagen mitgewirkt haben. Es gab keine Debatte im Unterausschuss und die Voten seien eindeutig.

Eine Einbringung der Vorlagen in der heutigen Sitzung wird nicht gewünscht.

Frau **Kultscher** fügt hinzu, dass der Gesamtprozess gleichbleibend stabil in Struktur, Konstruktivität und Beteiligung gewesen sei mit einem sehr guten Ergebnis.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Winkler, gibt ihre Zustimmung bekannt, da sie in der Vorversion eine Ablehnung erteilt habe.

Es gibt keinen weiteren Gesprächsbedarf. Herr **Stadtrat Hoffsommer** bringt die Vorlagen auf Grundlage der Beschlussempfehlungen des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung und schließt danach die Tagesordnungspunkte.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die in Anlage 2 dargestellten Anforderungen an die Strukturqualität im Leistungsfeld „Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und angrenzende Aufgaben“. Diese Anforderungen bilden die Grundlage für die Verhandlungen nach § 78 a ff. SGB VIII.
2. Wird aus rechtlichen Gründen oder auf Grund fachlicher Weiterentwicklungen eine Überarbeitung der Anforderungen an die Strukturqualität notwendig, werden diese Anpassungen dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13

Nein 0

Enthaltung 0

6 Teilplan "Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und angrenzende Aufgaben" 2011 bis 2014

**V1130/11
beratend
(federführend)**

Der Inhalt ist unter TOP 5 wiedergegeben.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Teilplan „Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und angrenzende Aufgaben“ für den Geltungszeitraum 2011 bis 2014.
2. Die Weiterentwicklung des Teilplanes erfolgt in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft (nach § 78 SGB VIII) „Hilfe zur Erziehung“ und der Stadtliga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Dresden unter besonderer Berücksichtigung aktueller fachlicher Entwicklungen und Erfordernisse sowie konkreter planerischer Ableitungen.
3. Das Jugendamt wird beauftragt, gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft „Hilfe zur Erziehung“ und der Stadtliga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Dresden die fachlichen Ausarbeitungen zu realisieren. Dabei ist insbesondere auf eine konsequente Darstellung geschlechtersensibler Arbeitsansätze und Handlungserfordernisse zu achten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13

Nein 0

Enthaltung 0

7	Änderung der Satzung Schülerbeförderungskosten-Erstattung vom 17.07.1997 auf Grund der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in der Landeshauptstadt Dresden	V1146/11 beratend
----------	---	------------------------------

Die Vorlage wird von Herrn **Küchenmeister** vorgestellt und inhaltlich erläutert. Die Übernahme der notwendigen Schülerbeförderungskosten sei ein Teil des Bildungs- und Teilhabepaketes und somit werde die Übernahme freiwilliger Leistungen der Landeshauptstadt Dresden im Bereich Schülerbeförderung entbehrlich.

Für Herrn **Stadtrat Kießling** stellt sich die Frage, was sich für die betroffenen Personen genau ändere. Gäbe es benachteiligte Gruppen, auch was die Höhe des Erlasses betreffe? Er erinnert an die Diskussion zur Essengeldermäßigung von Asylbewerberkindern.

Niemand werde benachteiligt, stellt Herr **Küchenmeister** antwortend klar. Bisher habe es einen Erlass des Eigenanteils durch Vorlage des Dresden-Passes gegeben. Die Bürger bekommen nun mit Inkrafttreten der geänderten Satzung einen Aufhebungsbescheid mit dem Hinweis, wo die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beantragt werden können. Erfolgt dort eine Ablehnung (Berechtigung zum Dresden-Pass trotz erhöhten Einkommens), würden die Bürger durch Vorlage des Ablehnungsbescheides dennoch den Erlass erhalten.

Grundsätzlich sei das Verfahren nachvollziehbar, aber in der Praxis schwierig umzusetzen, bringt Herr **Schreiber** zum Ausdruck. Es müsse gemeinsam mit der ARGE geprüft werden, ob ein unkomplizierteres Verfahren möglich sei.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** konstatiert, dass die Folgen des Bildungs- und Teilhabepaketes extrem verwaltungsaufwendig seien.

Herr **Schreiber** stellt folgenden Ergänzungsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit ein vereinfachtes Verfahren zur Glaubhaftmachung der Ansprüche nach der Satzung „Schülerbeförderungskosten-Erstattung“ möglich ist.“

Zu den Anmerkungen von Herrn Schreiber wirft Herr **Küchenmeister** ergänzend ein, dass es bisher sechs Bürger betreffe, die einen Dresden-Pass mit einem erhöhten Einkommen hätten. Daher sei die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten dieses aufwendigen Verfahrens sehr gering.

Zunächst sei ein Erstantrag zu stellen in dessen Ergebnis geprüft werde, ob Anspruch auf Leistungen nach Bildungs- und Teilhabepaket oder sogar Wohngeld bestehe, fügt Frau **Thielmann** hinzu. Erst dann könnte der Kunde den Ablehnungsbescheid erhalten.

In Beantwortung der Anfrage von Herrn Stadtrat Kießling führt Herr **Küchenmeister** aus, dass einem vereinfachten Verfahren datenschutzrechtliche Gründe entgegen stehen würden.

Alle anderen Daten von den anderen Beteiligten seien allen beteiligten Behörden bekannt, entgegnet Herr **Stadtrat Kießling**. Es solle im Interesse der betroffenen geprüft werden.

Nach Abschluss der weiteren Diskussion bringt Herr **Stadtrat Hoffsommer** den Ergänzungsantrag von Herrn Schreiber zur Abstimmung.

Diesem Antrag wird mit 11 Ja / 1 Nein und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Die so ergänzte Vorlage wird nun auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung gebracht und danach schließt Herr Stadtrat Hoffsommer den Tagesordnungspunkt.

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils geltenden Fassung sowie des § 23 Absatz 3 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SchulG) in der jeweils geltenden Fassung beschließt der Stadtrat die Satzung zur Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten (Satzung Schülerbeförderungskosten-Erstattung) vom 17.07.1997, zuletzt geändert am 09.02.2006.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit ein vereinfachtes Verfahren zur Glaubhaftmachung der Ansprüche nach der Satzung „Schülerbeförderungskosten-Erstattung“ möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 8

Nein 0

Enthaltung 4

8	Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Finanzierung von Leistungen und Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) im Bereich der erzieherischen Hilfen	V1238/11 beratend
----------	--	------------------------------

Herr **Lippmann** bringt die Vorlage kurz ein und stellt anhand einer Power-Point-Präsentation ausgewählte Fallzahlen und die Entwicklung der Kosten dar.

Die Präsentation wurde den Mitgliedern ausgereicht.

Die Zahlen im kommenden Haushaltsjahr seien gemeinsam mit dem Rechnungsprüfungsamt und der Stadtkämmerei erarbeitet worden.

Bei der Entwicklung der Aufwendungen von 2008 bis 2011 sei ein Anstieg zu verzeichnen.

Weiterhin weist er darauf hin, dass Dresden neben 12 anderen Städten dem IKO-Netz angehöre. Dies sei ein bundesweiter Vergleichsring, mit dem bessere Vergleiche hergestellt sowie Entwicklungen zwischen Fallzahlerhöhung und Kostenerhöhung aufgezeichnet werden könnten.

Das Jugendamt habe etwa 40 Mio. EUR Gesamtbudget. Der Kostenanstieg von 2010 zu 2011 belaufe sich auf rund 5 %.

In Dresden würden die Kosten erzieherische Hilfen pro Jungeinwohner (zwischen 0 und unter 21) knapp 300 EUR betragen, in Bremen und Frankfurt hingegen ca. 900 EUR.

Abschließend bringt Herr Lippmann Beispiele für die Steueraktivitäten - Netzwerkarbeit, Case-Management, Begrüßungsbesuche, Kooperationsvereinbarungen etc.

Herr **Schreiber** berichtet aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Mit diesem Thema müsse sich inhaltlich intensiver beschäftigt werden, wie z. B. der sehr hohe Anteil der 0 bis unter 3-Jährigen.

Der wesentliche Arbeitsauftrag sei die Begründung/Interpretation der von Herrn Lippmann dargestellten enormen Kostenunterschiede pro Jungeinwohner im Vergleich zu den anderen Städten, bringt Herr **Stadtrat Kießling** zum Ausdruck.

Ergänzend wirft Herr **Stadtrat Hoffsommer** ein, dass diese aufgeführten Statistiken zweckorientiert der Vorlage eine Legitimation verschaffen würden. Die Präsentation sei eine Diskussionsgrundlage, z. B. für die Filterung der Einzelbereiche mit dem Ziel, den Kindern und Jugendlichen eine optimale Unterstützung zu gewähren.

Diese Vorlage könne nicht die Entwicklungen differenziert darstellen, bestätigt Herr **Lippmann**. Er empfehle auf Anfrage von Herrn Stadtrat Zinkler zum Sachenvergleich die Magdeburger Statistik, in der ostdeutsche Städte dargestellt seien.

Für Herr **Stadtrat Kießling** seien die Durchschnittskosten je Fall der in Anlage 8 „geschwärzten“ Städte von Interesse.

Die Übersicht wird nachgereicht.

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Herr **Stadtrat Hoffsommer** bitte um Abgabe des Votums zur Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung. Danach schließt er den Tagesordnungspunkt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften beschließt,

1. dass für das Haushaltsjahr 2011 für den Bereich Wirtschaftliche Hilfen überplanmäßige Mittel in Höhe von 2.714.600 Euro bereitgestellt werden.
2. dass die Deckung der Mehrausgaben gemäß Anlage 11 erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13

Nein 0

Enthaltung 0

9 Berichte aus den Unterausschüssen

Mitteilungen aus den Unterausschüssen gibt es nicht. Herr **Stadtrat Hoffsommer** beendet den Tagesordnungspunkt.

Informationen im nicht öffentlichen Teil liegen ebenso nicht vor. Er schließt die Sitzung des Gremiums um 20:45 Uhr.

Jens Hoffsommer
Vorsitzender

Sindy Gebhardt
Schriftführerin

Monika Schiemann
Stadträtin

Tilo Kießling
Stadtrat